



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Patzelt, Julius: Die ungarische Krise

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die ungarische Krise

Von Julius Pagelt in Wien



Die ungarische Krise ist beendet! So liest man wenigstens in den meisten Tagesblättern. Wie in einem Sensationsromane löste sich der Knoten, der sich täglich fester zusammenzuziehn schien, in wenig Stunden, und nichts ist begreiflicher als die Frage, wer der deus ex machina war, der die Lösung so spielend vollbrachte. Vergebens sucht man in den großen Blättern nach einem Worte der Aufklärung, obgleich sie einen sehr interessanten Beitrag zur modernen Staatsgeschichte bildet.

Welches waren die Elemente der ungarischen Krise?

Nach der landläufigen Darstellung hatte in Ungarn die an die Überlieferungen von 1848 anknüpfende Strömung die Oberhand gewonnen, die in der dualistischen Reichsverfassung vom Jahre 1867, die eine Reihe von Angelegenheiten als für Oesterreich und Ungarn gemeinsam erklärt hatte, die Ursache aller politischen und wirtschaftlichen Mißstände in Ungarn sieht und darum der reinen Personalunion mit Oesterreich zustrebt. Zu diesem Zwecke wurde nicht nur die Forderung nach wirtschaftlicher Trennung beider Reichshälften erhoben, sondern auch die Verfügung über den ungarischen Teil der gemeinsamen Armee, die nach dem Wortlaute der Verfassung ausschließlich der Krone zusteht, für den ungarischen Reichstag reklamiert. Die Krone widerstrebte aus begreiflichen Gründen diesen Forderungen, suchte ihnen aber durch sehr weitgehende Zugeständnisse bis zu einem gewissen Punkte entgegenzukommen und stützte sich dabei auf die liberale Regierungsmehrheit im ungarischen Reichstage, die durch die Sünden einer jahrzehntelangen Herrschaft allerdings schon sehr morsch und brüchig geworden war. Aber die Opposition war unerbittlich und erzwang schließlich die Auflösung des Abgeordnetenhauses, und als die Neuwahlen vollzogen waren, befand sich die oppositionelle Koalition in der Mehrheit, während die liberale Partei, wenn auch nicht vernichtet, so doch aus dem Spiele der parlamentarischen Kräfte so ziemlich ausgeschaltet war.

Der Konflikt zwischen Krone und Opposition war damit zu einem Konflikt zwischen Krone und Parlament geworden, aus dem monatelang vergeblich ein Ausweg gesucht wurde, da beide Streittheile zähe an ihrem Standpunkte festhielten.

Das ist in wenig Strichen die Geschichte der letzten ungarischen Krise, aber man wird sich vergeblich bemühen, aus ihr die plötzliche Beilegung des Streits zu erklären, wenn man nicht auch die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns in den letzten Jahrzehnten berücksichtigt, die eine Macht hervor-

gebracht hat, deren Existenz und Bedeutung für die Politik gewöhnlich übersehen wird.

Trotz vielen ausgezeichneten politischen Eigenschaften hat dem Magyarentum seit jeher jede wirtschaftliche Befähigung gefehlt, und es ist noch nicht so lange her, daß ein ungarischer Staatsmann den Gedanken in allem Ernste aussprach, es sei am besten, die gesamte staatliche Verwaltung in Ungarn zu verpachten. In der Tat zieht ja auch der ungarische Großgrundbesitzer aus seinen Liegenschaften einen weit größern Ertrag, wenn er sie verpachtet, als wenn er sie selbst bewirtschaftet. Ohne zielbewußte Wirtschaftspolitik gibt es aber kein modernes Staatswesen, und als an Ungarn die Aufgabe herantrat, sich in ein solches umzuwandeln, war es fast ausnahmslos auf fremde Kräfte, auf fremde Hilfe angewiesen. Das war in der Zeit, wo der wirtschaftliche Liberalismus in ganz Europa in der höchsten Blüte stand. Seitdem ist in den meisten andern Staaten längst eine rückwärtliche Bewegung eingetreten, wenn es auch das spekulative Kapital verstanden hat, die Stellung, die es sich damals errungen hatte, zum großen Teil zu behaupten. In Ungarn aber repräsentiert es das einzige wirtschaftspolitische Element im Lande, und darum beeinflusste es seit 1868 die Entwicklung des Landes in immer stärkerm Maße, zumal da es in der liberalen Partei eine willige Trägerin seiner Interessen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung gefunden hatte. Dem spekulativen Kapital verdankt Ungarn, was man den wirtschaftlichen Aufschwung nennt, vor allem die Hebung seines Staatskredits, die allerdings nicht das Ergebnis einer wirklichen Erstarkung, sondern das der innigen Beziehungen der Pester Großbanken mit der bisherigen liberalen Regierungspartei ist. Daß an dem wirtschaftlichen Aufschwunge Ungarns, den es der Hochfinanz verdankt, vieles Potemkinade ist, ist allenthalben bekannt, beweist doch die stetig zunehmende Auswanderung, daß die Hauptquelle der Einnahmen Ungarns, der Ackerbau, mehr und mehr versiegt, und daß die Industriepolitik nicht imstande ist, dafür einen Ersatz zu bieten. Wie sollte das auch sein! Auch in dieser Beziehung haben die Pester Banken nichts andres getan, als die alte Sehnsucht des Magyarentums, eine eigne Industrie zu besitzen, um ihren Konsum vom Auslande unabhängig zu machen, in ihrem Interesse zu verwerten. Durch staatliche Subventionen müsse eine nationale Industrie geschaffen werden! lautete die Losung. Millionen wurden in den letzten Jahrzehnten dafür aus Steuergeldern geopfert und flossen zum allergrößten Teil in die Taschen findiger Spekulanten, die als Gegenwert nichts als eine armselige Treibhauspflanze boten, die die „vaterländische“ ungarische Industrie auch heute noch ist. Daß dadurch wohl das Verhältnis zu Osterreich, das bis dahin zum großen Teile den ungarischen Konsum an Industrieartikeln befriedigte, immer mehr getrübt wurde, wirkliche neue wirtschaftliche Werte aber in Ungarn nicht geschaffen wurden, liegt auf der Hand, und wenn sich diese Überzeugung in Ungarn bis heute nicht Bahn gebrochen hat, so liegt dies daran, daß die fast durchweg unter dem Einflusse der Pester Banken stehende ungarische Presse nicht die liberale Wirtschaftspolitik, sondern die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Osterreich für den unleugbaren wirtschaftlichen Niedergang des Staates verantwortlich zu machen pflegt.

Trotzdem hatte sich aber in den letzten Jahren in der Bevölkerung eine Unsumme von Groll über die Wirtschaftspolitik der liberalen Partei angehäuft, und darauf war auch die schwere Niederlage zurückzuführen, die die liberale Partei unter der Führung Tiszas bei den letzten Wahlen erlitt. Die Abgeordneten der Agrarpartei, die (katholische) Volkspartei und ein großer Teil der Unabhängigkeitspartei waren auf Grund von Programmen gewählt worden, die sich mit aller Schärfe gegen die liberale Wirtschaftspolitik kehrten, und es schien, als ob die Niederlage der liberalen Partei auch einen Umschwung in wirtschaftlich-politischer Beziehung nach sich ziehen werde.

So wurde in den Konflikt, in den Krone und Parlament infolge der Wahlen von 1905 gerieten, auch die Pester Hochfinanz hineingezogen, hatte sie doch das allergrößte Interesse daran, daß mit der bisherigen liberalen Partei nicht auch der Geist der liberalen Wirtschaftspolitik aus Gesetzgebung und Verwaltung verschwinde. Das zu verhindern konnte in einem Lande, das wie kein andres von dem Wohlwollen der großen, den Geldmarkt beherrschenden und die Kurse „regulierenden“ Finanziers abhängig ist, allerdings nicht schwer fallen; aber einerseits standen sich die Anschauungen der Krone und der Opposition über die strittige national-staatsrechtliche Armeefrage zu schroff gegenüber, und andererseits hatte die Opposition auf die Stimmung ihrer über die wirtschaftlichen Sünden der liberalen Partei erbitterten Wähler zu viel Rücksicht zu nehmen, als daß man sofort an die Lösung des Konflikts hätte gehen können.

Das Wie war den führenden Bankinstituten des Pester und des Wiener Geldmarkts wohl im vorhinein klar gewesen. Als sich während der Verfassungskämpfe in Österreich die Börse anschickte, den Staat zu strangulieren, um ihn zu politischen Reformen in ihrem Sinne zu zwingen, erklärte der alte Rothschild, als ihm deshalb Vorstellungen gemacht wurden: „Das Kapital hat kein Vaterland, es kennt nur Zinsen!“ Auch in dem ungarischen Konflikt war der Hochfinanz der Kernpunkt des Streites: ob dem Kaiser oder dem ungarischen Reichstage die Verfügung über den ungarischen Teil der gemeinsamen Armee zustehet — gleichgiltig; er kam für sie nur insoweit in Betracht, als im gegebenen Augenblick der eine oder der andre Teil zum Nachgeben gezwungen werden mußte, und da, als die Zeit reif war, die Opposition standhaft blieb, wurde eben die Krone genötigt, die Segel zu streichen, während man die Opposition zum Aufgeben ihrer antiliberalen wirtschaftspolitischen Ideen zwang.

Am 11. April d. J. lief der Termin ab, innerhalb dessen nach dem Wortlaute der ungarischen Verfassungsgesetze die Neuwahlen für den Reichstag ausgeschrieben werden mußten. Die Krone stand vor der Alternative, entweder den Wahlkampf, dessen Ausgang mindestens sehr zweifelhaft war, zu wagen, oder aber sich über die Verfassung hinwegzusetzen und die Neuwahlen hinauszuschieben. Bei dem bekannten peinlich konstitutionellen Sinne des Kaisers mußte erwartet werden, daß es ihm sehr schwer fallen würde, sich für die Verschiebung der Neuwahlen zu entscheiden, andererseits aber war sich auch die ungarische Opposition darüber klar, daß in dem Augenblicke, wo die Krone

die Verfassung einmal beiseite geschoben hätte, die Position der monarchischen Gewalt stärker werden mußte, zumal da der Opposition kein Mittel zu Gebote stand, sich einer absolutistischen Ordnung der Dinge mit Erfolg zu widersetzen. Der 11. April bedeutete also das kritischste Datum in der Entwicklung der Krise, und nun setzte die Hochfinanz nach beiden Seiten den Hebel an, um ein Kompromiß, das vor allem ihren Ansprüchen gerecht wurde, zu erzwingen.

Der Opposition gab man sehr deutlich zu verstehen, daß die Zeit gekommen sei, wo sie Vernunft annehmen müsse, nicht so sehr hinsichtlich des staatsrechtlich militärischen Inhalts ihres Programms, als vielmehr in ihrer wirtschaftlichen Anschauung. Für das Magharentum könne es keine andre Wirtschaftspolitik geben als eine liberale; ihr verdankte die Nation ihren Aufschwung seit 1870, und ihre herrschende Stellung sei in dem Augenblicke vernichtet, wo sie die wirtschaftlich liberalen Prinzipien aufgäbe und sich von der Pester Hochfinanz trennte, die den ungarischen Staatskredit in der Hand habe; schlage die Opposition ein, dann könne sie von der Regierung Besitz nehmen, im andern Falle würde aber dem Ministerium Fejervary im Falle von Neuwahlen alle mögliche finanzielle Hilfe geboten werden.

Dieselbe Erpressertaktik wandte man auch nach der andern Seite hin an. Zunächst wurden die Pester und die Wiener Blätter des finanziellen Syndikats, das nunmehr die Lösung der ungarischen Krise in die Hand genommen hatte, nicht müde, in den düstersten Farben die furchtbare Verantwortung auszumalen, die die Krone auf sich nähme, wenn sie die Wahlen nicht zu dem verfassungsmäßigen Termine ausschreibe. Zugleich erhielt der Ministerpräsident Baron Fejervary die vertrauliche Mitteilung, daß er nach dem 11. April wegen der finanziellen Bedürfnisse der Regierung vergeblich an den Geldmarkt appellieren würde, da die leitenden Banken nicht mehr in der Lage seien, dem Staate unter einem ausgesprochen absolutistischen Regime Vorschüsse zu geben, weil sie sonst fürchten müßten, im Lande boykottiert zu werden.

Diese Drohung, den Kredit abzuschneiden, wirkte hier wie dort. Was der Opposition nicht gelungen war, wurde im Handumdrehen erreicht: die Krone willigte ein, daß die Opposition nach Belieben ein Kabinett bilde, ohne ihre staatsrechtlich-militärischen Forderungen fallen zu lassen, die Opposition aber sicherte die Bewilligung der schwebenden, von den Delegationen schon bewilligten Teilkredite für die Artilleriereorganisation zu, behielt sich aber vor, in dem neuen, auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu wählenden Reichstage, dem die Erhöhung der Präsenzstärke der Armee und alle weiteren militärischen Mehrforderungen überlassen werden sollen, auf ihr militärisch-staatsrechtliches Programm zurückzukommen.

Die Anteile der beiden Streitteile sowie des „ehrlichen“ finanziellen Maklers an dem Kompromisse lassen sich also folgendermaßen skizzieren: die Krone erhält die Genehmigung der allernotwendigsten militärischen Mehrforderungen; die Opposition kommt in den Besitz der Regierungsgewalt, ohne den Standpunkt der Krone in der strittigen Armeefrage anzuerkennen; das finanzielle Syndikat erhält aber in der Person des Ministerpräsidenten Weterle einen

Vertrauensmann in dem Kabinett, dem die Aufgabe obliegt, darüber zu wachen, daß die Politik der Regierung sich nicht von den Traditionen der liberalen Wirtschaftspolitik entferne. Daß ihm das gelingen werde, dafür bürgt seine erprobte Geschicklichkeit und die geringe Widerstandsfähigkeit magyarischer Politiker gegen die Argumente der Börse.

Am schlechtesten bei dem Handel ist die Krone weggekommen: ihr wurde nur ein kurzfristiger Waffenstillstand gewährt, und zwar unter Bedingungen, die sie außer Stand setzten, nach Ablauf dieser Frist noch einmal mit Aussicht auf Erfolg den Kampf um ihre Rechte an der Armee aufzunehmen; denn indem sie der Opposition die staatliche Administration ausliefert, schwindet für sie jede Möglichkeit, im Falle des sicher zu erwartenden Wiederausbruchs des Verfassungskonflikts die staatliche Verwaltung wieder in die Hand zu bekommen, da es doch natürlich die erste Sorge des neuen Kabinetts sein wird, der Beamtenschaft für den Fall, daß die Krone ihre Majestätsrechte über die Armee nicht aufgeben sollte, auf die passive Resistenz gehörig einzudrillen.

Die Hauptsache in dieser Hinsicht ist schon geschehen, da es sich bestätigt, daß die unter dem Ministerium Fejervary wegen Widerseßlichkeit suspendierten Beamten wieder eingesetzt und die an ihrer Stelle neu ernannten aber einfach entlassen oder pensioniert werden, obgleich sie in vielen Fällen mit Lebensgefahr den dem Könige geschwornen Eid gehalten und die Anordnungen der Regierung durchgeführt hatten.

In demselben Maße als das Kompromiß für die Krone ungünstig ist, ist es für die Opposition günstig, allerdings ist ein bedeutender Teil ihres Machtzuwaches nur scheinbar, da sich die dritte politische Macht in Ungarn, die Hochfinanz, durch ihre Intervention nunmehr als höchste Instanz etabliert hat, durch Dr. Weyerle das Kabinett beherrscht und der Krone oder dem Parlament ihre Gunst zuwenden wird, je nachdem sich jene oder dieses ihren Forderungen fügt. Die Lösung der ungarischen Krise ist damit zu einem Schulbeispiel für die seltsamen Machtverschiebungen in modernen Staate geworden.



Die Steuerlast der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens



riedrich der Große schrieb in einem Briefe an Voltaire: „Die Landwirtschaft ist die erste aller Künste, ohne die es keine Könige, Kaufleute, Poeten, Philosophen geben würde. Es existieren keine andern wahren Reichtümer als die, die der Boden hervorbringt.“ Hundert Jahre später bezeichnete Bismarck in einer seiner klassischen Reichstagsreden den Bauernstand als „die Grundfeste des Staates“. Und heute, wo der in der Ära Caprivi herabgesetzte frühere Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte wiederhergestellt worden ist, sieht man auf den Bauernstand als auf den wichtigsten Bestandteil unsrer Bevölkerung,